Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.—, für das Ausland entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berli… W. 48
Wilhelm-S…e Nr. 32.
Fern…
Redaktion: Amt VI, 3894.
…pedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die fünfgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die dreigespaltene Petitrettelamagezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 155. [49. Jahrgang.] Mittwoch den …Juli 1910. [49. Jahrgang.] Nr. 155.

Berlin, den 5. Juli.

Rundschau im Auslande.

Aus der Beratung des englischen Budgets.

London, 4. Juli. Unterhaus. In der Beratung über das Budget besprach Austen Chamberlain die Pläne Lloyd-Georges, betreffend die Möglichkeit der Einführung der Arbeitslosen- und Altersversicherung und erklärte, es sei unvorsichtig, Hoffnungen zu hegen, die sich auf die Flottenpolitik einer anderen Macht gründeten. Die Baurate, welche in dem ursprünglichen deutschen Bauplan vorgesehen sei, solle in Bezug auf die großen Schiffe im Jahre 1912 um die Hälfte verringert werden, wenn die Lage unverändert bleiben würde. Aber glaube Lloyd-George wohl, daß die Lage in der Tat unverändert bleiben würde, glaube er, daß Deutschland, nachdem es einmal diesen Pfad betreten habe, zufrieden sein werde mit seinem Jahre alten Plan? Schließlich halte es Lloyd-George für richtig, staatsmännisch oder klug, den Leuten zu sagen, daß sie, wenn sie die soziale Reform wollten, die nationale Verteidigung aufgeben müßten?

Das neue dänische Kabinett.

Kopenhagen, 4. Juni. Der König genehmigte heute abend folgende von Claus Bernstsen vorgelegte Ministerliste: Folketingsabgeordneter Claus Bernstsen Ministerpräsident, Verteidigungsminister und interimistischer Kultusminister, Graf Ahlefeld-Laurvig Minister des Aeußern, Folketingsabgeordneter Anders Nielsen Landwirtschaftsminister, Folketingsabgeordneter Thomas Larsen Minister für öffentliche Arbeiten, Direktor der Hypothekenbank des Königreichs Dänemark Irsen Sönderup Minister des Innern, Advokat beim Höchsten Gericht Bülow Justizminister, Großkaufmann O. B. Mus Minister für Handel und Schiffsahrt. Das Kultusministerium wird in den nächsten Tagen endgültig besetzt werden.

Aus der Türkei.

Saloniki, 4. Juli. Das hiesige Boykottkomitee hat das Zirkular des Ministeriums, betreffend Aufforderung zur Beendigung des Boykotts gegen Griechenland, verworfen und die Boykottkommissionen in Smyrna, Beirut, Monastir und Janina angewiesen, den Boykott so lange aufrechtzuerhalten, bis die Kreta-Frage endgültig zu Gunsten der Türkei entschieden sei. Auch die türkische Presse spricht der Regierung das Recht ab, den Boykott gewaltsam zu beenden. — Die Behörden haben weitere vier Griechen ausgewiesen.

General Osman Pascha ist mit der Durchführung von Reformen im Wilajet Skutari betraut worden. An seiner Stelle übernimmt Awni Bei, der Kommandant der Sammsuner Division, den Befehl über die im Malisiagebiet verbleibenden Truppen.

Konstantinopel, 4. Juli. Die Blätter melden, daß der Sultan dem Gesetz über die strittigen Kirchen Mazedoniens die Sanktion erteilt habe.

Blättermeldungen zufolge verhandelt der türkische Flottenverein mit der Schichauwerft wegen des Ankaufs eines fertigen Panzerschiffes von 17 000 To.

Internationaler Eisenbahnkongreß.

Bern, 4. Juli. Der internationale Eisenbahnkongreß ist heute nachmittag durch den Bundesrat und den Vorsteher des schweizerischen Eisenbahndepartements Dr. Forrer eröffnet worden. Dr. Forrer hieß die Vertreter der ausländischen Regierungen und Bahngesellschaften willkommen und drückte der internationalen Eisenbahnvereinigung seine Glückwünsche zum 25jährigen Bestehen aus. Namens des Kongresses antwortete Dubois (Brüssel), der Präsident der ständigen Kommission der internationalen Vereinigung, und entwickelte das Arbeitsprogramm des gegenwärtigen Kongresses. Der Präsident der Generaldirektion der Schweizer Bundesbahnen Weißenbach wurde zum Präsidenten, der Vorsteher des Eisenbahndepartements Dr. Forrer zum Ehrenpräsidenten des Kongresses gewählt.

Spanische Deputiertenkammer.

Madrid, 4. Juli. Deputiertenkammer. Der Republikaner Azcarate verlangte Aufklärung über die Ursachen der letzten Ministerkrisis, er beschuldigte die Monarchie, sie habe sich über die Verfassung hinweggesetzt. Zum Riffkrieg bemerkte der Redner, man hätte ihn nach dem ersten Kampf beendigen müssen, da man die Gelbmittel besser für das Land zum Bau von Straßen und Kanälen, die Spanien so bringend brauche, benutze. Azcarate lobte die antiklerikale Politik des Ministerpräsidenten, sie sei aber unvollständig, denn man müsse die Verfassung reformieren und volle Kultusfreiheit einführen.

Ministerpräsident Canalejas erklärte, Morets Sturz sei verfassungsmäßig gewesen, er sei durch Gegensätze innerhalb der liberalen Partei verursacht worden. Der König habe, indem er das gegenwärtige Kabinett zur Macht berufen, die Frage im vaterländischen Sinne gelöst. Canalejas betonte, es sei gefährlich, die Verfassung zu reformieren, das werde aber nicht hindern, die in der Thronrede angegebenen Punkte zu verwirklichen. Ueber Marokko sagte der Minister, Spanien habe gegenwärtig Verpflichtungen, werde sich ihrer aber zu entledigen wissen.

Azcarate antwortete, Canalejas sei Anhänger der Verfassungsreform, wage aber nicht, sie vorzunehmen. Es sei gut, Ceuta zu behalten, um es eines Tages gegen Gibraltar austauschen zu können.

Neue Unruhen in China.

Schanghai, 5. Juli. (Telegramm der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft.) Die Hintermänner der neulichen Unruhen in Tschangscha haben auch in Juentschou-fu am Oberlauf des über seine Ufer getretenen Juenflusses an der Grenze von Hunan und Kweitschou Unruhen angezettelt. Die Reisdepots wurden niedergebrannt. Für den Schutz der Missionare ist gesorgt. Die Regierung hat Truppen entsandt.

Kleinere politische Nachrichten.

Der Budgetausschuß des österreichischen Reichsrats hat am 4. d. M. die Generaldebatte über die italienische Rechtsfakultät beendet. — Kaiser Nikolaus hat am Montag das von der Reichsduma und dem Reichsrat angenommene Finnland-Gesetz bestätigt.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser kehrte gestern nach 4 Uhr, wie aus Kiel gemeldet wird, an Bord der Hohenzollern zurück. Gegen 4¾ Uhr ging die Hohenzollern mit dem Kaiser an Bord in See. Die Flotte feuerte Salut; die Mannschaften paradierten. Die Hohenzollern ist begleitet von dem kleinen Kreuzer Stettin und dem Depeschenboot Sleipner. — Das Wetter ist schön.

* Ihre Majestät die Kaiserin hat heute vormittag auf ihrer Yacht Iduna den Kieler Hafen zu einer Kreuzfahrt in den westlichen Teilen der Ostsee verlassen.

* Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin sind gestern vormittag 8 Uhr 22 Min. vom Bahnhof Friedrichstraße nach Oels abgereist.

* Prinz und Prinzessin Eitel-Friedrich sind gestern vormittag 8 Uhr 5 Min. vom Anhalter Bahnhof nach Dresden abgereist und 8 Uhr 50 Min. Abends hier wieder eingetroffen.

* Die Großherzogin-Witwe von Mecklenburg-Strelitz ist gestern vormittag 11 Uhr 10 Min., von Neustrelitz kommend, auf dem Stettiner Bahnhof eingetroffen und 1 Uhr 20 Min. Nachmittags mit Anhalter Bahnhof nach Dresden weitergereist.

* Der bisherige Finanzminister Dr.-Ing. Frhr. v. Rheinbaben ist zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt worden.

* Prinzessin Heinrich XIX. Reuß j. L. und Prinz Moritz zu Hohenlohe-Schillingsfürst sind hier eingetroffen.

* Der Unterstaatssekretär im Justizministerium, Wirkliche Geheime Rat Dr. Küngel und der Direktor im Justizministerium Dr. Bourwieg sind auf Sommerurlaub nach Tirol und der Unterstaatssekretär im Reichspostamt Franck mit Urlaub nach Schlesien abgereist.

* Der Ministerialdirektor im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Wirkliche Geheime Oberregierungsrat v. Chappuis ist auf Urlaub abgereist.

* Der braunschweigische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Geheimer Legationsrat Boden, hat Berlin mit Urlaub verlassen.

* Der Dampfer Mainz ist mit den Teilnehmern an der Zeppelinschen arktischen Vorexpedition gestern in Bergen eingetroffen. Abends waren Prinz Heinrich von Preußen und Graf Zeppelin zur Tafel bei dem früheren Ministerpräsidenten Michelsen geladen; an der Tafel nahm auch Se. Majestät König Haakon teil.

Deutsches Reich.

* Wie die Straßburger Correspondenz unter dem 4. Juli mitteilt, ist in der zweistündigen Besprechung über die elsaß-lothringischen Verfassungs- und Wahlrechtsfragen, die am 2. d. M. in Berlin zwischen dem Reichskanzler, dem Statthalter Grafen v. Wedel, dem Staatssekretär des Innern Delbrück und dem Staatssekretär für Elsaß-Lothringen Frey Herrn v. Bulach stattgefunden hat, über alle Einzelfragen zwischen der Reichsregierung und der Landesregierung von Elsaß-Lothringen eine Einigung erzielt worden.

* Vom Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Landtagsabgeordneten Dr. Wilh. Wendlandt, geht uns die nachstehende Zuschrift zu:

„Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise wendet sich in einer Zuschrift an die Zeitungen (vergl. Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 138 vom 16. Juni) gegen angeblich unrichtige Angaben, die der Landtagsabgeordnete Dr. Wendlandt als Berichterstatter über den Antrag Aronsohn u. Gen. wegen Veranstaltung einer Enquete über die öffentlichen Arbeitsnachweise in Preußen und Bereitstellung namhafter Staatsmittel in der Kommission für Handel und Gewerbe des preußischen Abgeordnetenhauses gemacht haben soll. Bekanntlich ging die Kommission über beide Teile des Antrages zur Tagesordnung über. Es wird dem Berichterstatter vorgehalten, daß das Urteil des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise über 157 Arbeitsnachweise sich nicht auf dem Wege der Fragebogenerhebung, sondern auf außerhalb des Verbandes stehende Arbeitsnachweise bezieht. Die Tatsache bleibt aber gleichwohl bestehen, daß diese Arbeitsnachweise nach dem eigenen Urteil des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise sehr teuer arbeiten und eigentlich auf dem Papier stehen; denn das Kriterium, ob sie Mitglied des Verbandes sind oder nicht, kommt für die endgültige Beurteilung nicht in Frage. Das eigene abfällige Zeugnis des Verbandes über öffentliche Arbeitsnachweise bleibt demnach bestehen. Die Angabe des Berichterstatters, daß die Verwaltungskosten für je eine besetzte Stelle durchschnittlich 4 bis 5 ℳ betragen, ist auf Grund einer umfassenden Statistik über ganz Preußen gemacht worden. Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise bleibt bei seiner tagenanten Nichtfestellung, die sich nur auf einen Bruchteil der öffentlichen Arbeitsnachweise bezieht, den Nachweis schuldig, daß im Durchschnitt in ganz Preußen nur 1 bis 2 ℳ Verwaltungskosten entständen; denn er verallgemeinert die an sich unkontrollierbare Behauptung, daß bei 90 öffentlichen Arbeitsnachweisen nur diese geringeren Verwaltungskosten aufgewendet würden, und zieht dabei fehlerhafterweise auch nichtpreußische heran, wie München und Stuttgart. Es ist ferner nicht richtig, daß der Vertreter des Handelsministeriums, der sich durchaus auf den Boden des Berichterstatters stellte, gegen dessen statistische Angaben „Einspruch erhoben" hätte. Was die angeblich verführerischen Angaben über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise betrifft, so sind diese Zahlen einer Privatstatistik, betitelt Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise in Deutschland im Jahre 1907, entnommen. Die Aufstellung dieser Zahlen ist mit außerordentlicher Genauigkeit und Vollständigkeit in umfangreichen Tabellen zusammengetragen worden. Der Verfasser bemerkt, daß nur bei einer kleinen Anzahl von Arbeitsnachweisen die Vermittlungszahlen nicht zu erhalten waren. Bei den Arbeitgebernachweisen kamen noch höchstens 2. bis 3000 Arbeitsvermittlungen hinzu, bei den paritätischen ja. 25 000 und bei den Arbeitnehmernachweisen höchstens 20 000, wobei nur männliche Personen berücksichtigt worden sind. Manche Nachweise lehnen ja bekanntlich die Mitwirkung an einer offiziellen Statistik ab. Die Statistik des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise ist demnach ohne die gegebene Ergänzung nicht zutreffend. Die Angaben des Berichterstatters geben zweckmäßigerweise über die Statistik des Verbandes hinaus und haben daher umgekehrt den Wert einer Nichtfestellung der Statistik des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise. Die Richtigkeit der Wendlandtschen Angaben über die Arbeitgebernachweise wird überdies vom Verein Deutscher Arbeitgeberverbände bestätigt."

* Nachdem nach amtlichen Nachrichten die Cholera in denjenigen russischen Gouvernements, die an das Schwarze Meer angrenzen, erheblich an Ausdehnung zugenommen hat, und die Häfen Rostow am Don seitens der Kaiserlich russischen Regierung für choleraverseucht erklärt worden ist, bestimmt der Reichskanzler unterm 1. Juli mit Hinweis auf die Vorschriften des Bundesrats über die gesundheitliche Behandlung der Seeschiffe in den deutschen Häfen auf Grund des § 25 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900, daß die aus den russischen Häfen des Schwarzen und des Asowschen Meeres nach einem deutschen Hafen kommenden Schiffe und ihre Insassen im Hinblick auf die Gefahr der Cholerareinschleppung bis auf weiteres vor der Zulassung zum freien Verkehr ärztlich zu untersuchen sind.

* Zur Veröffentlichung gelangt nunmehr das Programm für den 30. Deutschen Juristentag, der am 12. bis 14 September in Danzig stattfindet. Die ständige Deputation hat folgende Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt: 1. Empfehlen sich gesetzgeberische Maßnahmen, durch welche die Haftung des persönlichen Schuldners für den Hypothekenausfall beschränkt wird, wenn der Gläubiger seine Hypothek nicht ausgeboten und das Grundstück weit unter dem Werte erstanden hat? 2. Empfiehlt es sich, soziale Vorschriften, in der Art der für die Handlungsgehilfen bestehen, für Privatangestellte überhaupt zu erlassen? 3. Empfehlen sich Vorschriften über die rechtliche Stellung des Sammelvermögens? 4. Strafmittel nach dem Vorentwurfe zum deutschen Strafgesetzbuch und zwar a) die Strafmittel im allgemeinen, b) die Freiheitsstrafe insbesondere. 5. Empfehlen sich Sondergerichtshöfe in Ehesachen und dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes? 6. Ist ein Bedürfnis für ein deutsches Reichsverwaltungsgericht vorhanden? Ueber dieser Beratungsgegenstände sind Gutachter und Berichterstatter ernannt. Für das einzige strafrechtliche Thema zu 4. hat Professor Kohlrausch in Straßburg das Referat übernommen. Diese Gutachten liegen bereits in den Verhandlungen des 29. Juristentages abgedruckt vor. Berichterstatter sind für dieses Thema Senatspräsident Dr. Oldenburg am Reichsgericht, Geheimer Justizrat Professor Dr. Kahl, Professor Dr. James Goldschmidt von der Berliner Universität und Landgerichtspräsident Dr. v. Staff aus Breslau.

* Ueber erfreuliche Resultate der Ostpreußischen Landgesellschaft, die als gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft mit Unterstützung des Staates und kommunaler Verbände wirkt, wird nach der Georgine folgendes berichtet: Die in den Jahren 1905 und 1906 mit einem Stammkapital von etwa 1¼ Mill. Mark ins Leben gerufene Gesellschaft verfügt jetzt über ein Stammkapital von über 7 Mill. Mark, von welcher Summe in der inneren Kolonisation etwa 2½ Mill. Mark arbeiten. Mit diesem Kapitalaufwand sind in drei Jahren rund 520 deutsche Ansiedlerfamilien in Ostpreußen angesetzt worden. Unter den Familien sind 18 Ansiedler aus Ostpreußen, die nach dem Westen abgewandert waren und nun mit ihren Ersparnissen sich in der Heimat ankaufen wollen. Interessant ist, daß diese Leute fast durchweg angaben, sie hätten mehr an die sozialdemokratische Parteikasse zahlen müssen, als sie in der Heimat an Zinsen für Haus und Land zu zahlen hätten. Unter 508 Ansiedlern waren am 1. Oktober 1909 angesetzt aus Ostpreußen 279, aus dem übrigen Deutschland 136 Ostpreußen, aus den Industriebezirken 18 und Rückwanderer aus Rußland 74. Letztere Zahl wird sich demnächst auf 100 steigern. Gegenüber der Annahme, daß die Tätigkeit der Landgesellschaft den Arbeitsmarkt belaste, statt ihn zu entlasten, wird festgestellt, daß auf den bisher aufgeteilten Gütern 296 Arbeiterfamilien sitzen. Es sind fort auf den Rittergütern und größeren Stellen 123 geblieben, so daß 173 für den Arbeitsmarkt der Provinz frei wurden. Daneben sind bisher 71 Arbeiter- und Handwerkerfamilien angesiedelt. Ihn gangen wurden für 1¾ Mill. Mark 38 Güter mit 15 869 Hektar angekauft, von denen zur Besiedlung 13 190 ausgelegt wurden. Bauernfeldwirt ist noch, daß die 508 Familien 1395 Kinder bei sich im Elternhause haben, von denen gegen 165 über 16 Jahre alt und in der häuslichen Wirtschaft tätig sind.

* Während des zweiten Vierteljahres 1910 ist von der Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer in Berlin W. 9, Schellingstraße 4, in 4039 Fällen Auskunft an Auswanderungslustige erteilt worden, und zwar in 3173 Fällen schriftliche und in 866 Fällen mündliche. Beantwortet wurden insgesamt 6137 Anfragen über die verschiedenen Auswanderungsgebiete. Davon beziehen sich 2967 auf die deutschen Kolonieen, und zwar auf Deutsch-Südwestafrika 1188, Deutsch-Ostafrika 598, Kamerun 280, Togo 217, Samoa 54, Kiautschou 41, Deutsch-Neuguinea 29, die Karolinen, Palau und Marianen 13 Inseln. Unter den fremden Auswanderungsgebieten stehen Nordamerika mit 616 Anfragen an der Spitze; dann folgen Südbrasilien mit 476, die Vereinigten Staaten von Amerika mit 377, Kanada mit 272, Queensland mit 116, Chile mit 108, Brasilien im allgemeinen mit 87, Mittel-Brasilien mit 78, Paraguay mit 63, Britisch-Südafrika mit 56, Mexiko mit 47, England mit 44, Rußland mit 34, Bolivien mit 28, China mit 26, Niederländisch-Indien mit 25, Neu-Südwales mit 22, Uruguay und Japan mit je 21, Britisch-Indien mit 19, Guatemala, Italien und die Schweiz mit je 14, Kolumbien, Venezuela, Viktoria und West-Australien mit je 13. Der Rest verteilt sich auf verschiedene andere Länder noch und fern; es gibt somit kaum ein Gebiet der Erde, über das nicht Anfragen eingelaufen und beantwortet wären. Von den 2422 Anfragenden, die ihr Alter angaben, waren 280 weniger als 20 Jahre, 1587 zwischen 20 und 30, 432 zwischen 30 und 40, 104 zwischen 40 und 50, und 15 über 50 Jahre alt, und von den 3228 Fragestellern, die Angaben über ihren Familienstand machten, waren 2299 ledig, 905 verheiratet und 24 verwitwet. Nach dem Berufe waren unter den Anfragenden am stärksten die Kaufleute, Handwerker und Landwirte vertreten. Von den Anfragenden bezeichneten sich 391 als mittellos, während über 1000 zum Teil über recht ansehnliche Summen verfügten, so über 10 auf ℳ, 38 über 15 000 ℳ, 16 über 20 000 ℳ, 15 über 25 000 ℳ, 22 über 30 000 ℳ, 9 über 50 000 ℳ, 8 über 60 000 ℳ, 6 über 100 000 ℳ usw. bis zu 800 000 ℳ hinauf. Aus Preußen kamen 2639 Anfragen, und zwar aus Brandenburg mit Berlin 1109, aus der Rheinprovinz 329, Westfalen 174, Sachsen 137, Schlesien 135, Hessen-Nassau 116, Ostpreußen 76, Schleswig-Holstein 73, Westpreußen 54, Posen 50 und Pommern 48. An der Spitze der übrigen Bundesstaaten steht das Königreich Bayern mit 299, es folgen Sachsen mit 244, Württemberg mit 144, Hamburg mit 117, Baden mit 93, Elsaß-Lothringen mit 73, Hessen mit 37, Braunschweig mit 36, Mecklenburg-Schwerin mit 20, Bremen mit 18, Oldenburg mit 16, das Großherzogtum Sachsen mit 14, Anhalt mit 11 usw. Aus den deutschen Kolonieen kamen 16 Anfragen, aus dem Auslande 212, davon 115 aus Oesterreich-Ungarn, je 14 aus Luxemburg und Rußland, 12 aus der Schweiz, 11 aus Belgien, 10 aus den Vereinigten Staaten von Amerika usw. — Die Zentralauskunftsstelle für Auswanderer erteilt kostenlos schriftliche und mündliche Auskunft.

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Die Kommission für die Reichsversicherungsordnung erledigte am Montag zunächst die auf die Bildung und Leitung der Kassenverbände bezüglichen §§ 438 bis 443. Eine wesentliche Aenderung der Regierungsvorlage wurde dabei nicht herbeigeführt. Sodann wurden die zurückgestellten §§ 377 ff., betreffend die Arzt-frage, in Beratung genommen. Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei tritt hierbei für völlig freie Arztwahl ein. Andernfalls werde der ärztliche Stand dem Plan entgegenarbeiten. Staatssekretär Delbrück gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Opposition sich noch nicht zu bestimmten Abänderungsvorschlägen habe entschließen können. Die Vorlage bezwecke nicht, den ärztlichen Stand zu schädigen. Aber die Regierungen hätten nicht einseitig die Interessen der Aerzte wahrnehmen können, es seien auch die Interessen der Kassen und der Versicherten zu berücksichtigen gewesen. Von seiten eines Teils der Aerzte sei der wirtschaftliche Kampf überspannt worden. Die Vorlage suche zwischen Aerzten, Aerzteorganisationen und Kassen den Boden für einen Ausgleich zu schaffen. Zunächst werde den Aerzten und Kassen völlige Freiheit gelassen in der Regelung der beiderseitigen Verhältnisse. Erst im Notfalle trete die Behörde regelnd in die Schranken. Die freie Arztwahl sei der Hauptsache nach durch die Vorlage garantiert, jedenfalls werde ihr nicht entgegengetreten.

Ein volnischer Abgeordneter wendet sich gegen das Kassenarztsystem bei den Betriebskrankenkassen. Ein nationalliberaler Abgeordneter erklärt, sich nicht für völlig freie Arztwahl aussprechen zu können. Die Agitation des Leipziger Aerztevorbandes habe die größten Bedenken ausgelöst. Ein Sozialdemokrat gibt zu, daß die Regierungsvorlage im gegenwärtigen Augenblick der beste Ausweg zur Lösung der Arztfrage sei. Nur ein System festzulegen, könne man nicht verantworten. Auf weitere Ausführungen des Redners der Fortschrittlichen Volkspartei wiederholt der Staatssekretär, daß der Gesetzentwurf die freie Arztwahl keineswegs eliminieren wolle, aber da, wo diese nicht durchführbar oder wo Mißstände hervorträten, schaffe der Entwurf die Möglichkeit, auch Kassenärzte anzustellen.

Ein Zentrumsmitglied führt aus, er verstehe den Kampf der Aerzte und die freie Arztwahl, wundere sich aber, daß dieser Kampf nicht auch mit den Berufsgenossenschaften geführt werde. Die freie Arztwahl sei aus politischen und idealen Gründen das Wünschenswerte, aber es sei bis jetzt kein Vorschlag gemacht worden, wie den Schäden, die bei gesetzlicher Einführung der freien Arztwahl zweifellos eintreten, begegnet werden könnte. Bei der vertraglich festgelegten freien Arztwahl sei das gerade durch ärztliche Kontrollkommissionen. Deren Tätigkeit hätte aber bei den Versicherten vielfache Klagen über rigorose Behandlung ausgelöst.

Der württembergische Bevollmächtigte zum Bundesrat legt dar, wie in Württemberg die Verhältnisse zwischen Aerzten und Kassen geregelt sind. Danach haben 376 Kassen mit 395 000 Mitgliedern die freie Arztwahl eingeführt. Dabei sind auch viele Betriebskrankenkassen. Es bestehen Revisions- und Schiedsmannsinstanzen zur Austrage über die gegenseitigen Beschwerden. Sonstige Einrichtungen, die der Regierungsvorlage als Vorbild gedient hätten, hätten sich bewährt, und Aerzte und Versicherte wären damit zufrieden. Zum Schutze der Kassen sei die Pauschalierung des Aerztehonorars vorgeschlagen worden. Eine gesetzliche Einführung der freien Arztwahl sei von den württembergischen Aerzten nicht verlangt worden; sie wäre auch nicht durchführbar.

Ein sozialdemokratisches Mitglied verweist auf die Schwierigkeiten bei der Durchführung freier Arztwahl besonders in den großen Städten, da hier eine große Zahl von Aerzten in Frage komme. In kleineren Städten sei die freie Arztwahl ohne weiteres durchführbar. Allgemein die unbedingte freie Arztwahl durchzuführen, sei jedoch nicht möglich. Ein Zentrumsabgeordneter erklärt sich im Prinzip für die freie Arztwahl, verweist aber auf die Schwierigkeit der Durchführung auf dem Lande. Redner beantragt, einen besonderen Aerztevertrag nur mit Genehmigung des Oberversicherungsamts zuzulassen. Die freie Arztwahl solle die Regel bilden. Ein Mitglied der Konservativen äußert erhebliche Bedenken gegen die freie Arztwahl. Kein Beamter oder Jurist habe Anspruch auf Anstellung, ebensowenig ein junger Arzt. Durch die Erweiterung des Kreises der Versicherten werde man auf rund 100 Mill. Mark Aerztehonorar kommen, gegen 70 Millionen bisher. Auf dem flachen Lande würde die freie Arztwahl ungeheuere Kosten verursachen. Ein großer Teil der Aerzte wolle die freie Arztwahl nicht. Keinesfalls dürften die Kassen mit gebundenen Händen dem Leipziger Verband ausgeliefert werden. Defekte Agitation und Streikandrohungen müsse unter allen Umständen mit Nachdruck begegnet werden.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vormittag vertagt.

Parteibewegung.

* Dem Abg. Langhammer, nationalliberalem Mitgliede der sächsischen Zweiten Kammer, ist in Chemnitz ein Vertrauensvotum erteilt worden. Der Chemnitzer nationalliberale Verein hatte eine Kommission eingesetzt, die die Angelegenheit Langhammer prüfen sollte. Diese hatte einstimmig den Beschluß gefaßt, das Verhalten des Abgeordneten in der Tag-Angelegenheit als nicht einwandfrei zu erklären. Der Vorstand und der Ausschuß des Vereins hatten diesem Beschluß beigestimmt. Am Sonnabend fand nun die Mitgliederversammlung des Chemnitzer Vereins statt, in der Herr Langhammer selbst das Wort ergriff. Nach langer sächsischer Debatte wurde um 2 Uhr Nachts, nachdem der Vorstand den Saal verlassen hatte, fast einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Anklagen gegen den Abg. Langhammer als entkräftet angesehen werden und diesem volles Vertrauen ausgesprochen wird.

* In der Bildung nationaler Arbeitervereine sieht die Wochenschrift Münchener Allgemeine Zeitung eine Hauptwaffe gegen den Terror der Sozialdemokratie.

„Wie stets gegen Uebertreibungen", so fährt das Organ aus, „so erhebt sich auch gegen den Uebermut und den Druck der Sozialdemokratie, die seit den unseligen Vorgängen bei der Frauenwahl noch um viele Grade stärker als vorher geworden sind, die Reaktion. Auch unter den Arbeitern! Freilich nur schüchtern zunächst, nur vorsichtig und tastend. Denn dem brutalen Terror der Roten, der vor der Vernichtung von Arbeiterexistenzen nicht zurückschreckt, wenn sie ihm in seinen Bann tritt, tritt kaum irgendeiner entgegen, so daß die Arbeiter, die Gewerkschaft und Partei links liegen lassen oder gar ihnen entgegentreten, in den weitaus meisten Fällen ohne jeden Schutz und ohne nennenswerten wirtschaftlichen Rückhalt den sozialdemokratischen Mächten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Da heißt es natürlich vorsichtig sein. Aber trotz der großen Schwierigkeiten und Gefahren liegt doch hier eine Aufgabe vor, der eine Opposition gegen die Bedrücker. Um so mehr, als einigen Wettfichtigeren unter den Arbeitern allmählich auch ein Licht aufzugehen scheint, daß ihnen die Kehrseite einer schranken- und rücksichtslosen Uebertreibung der sozialen Fürsorge, die große Gefahr des Verlustes des Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, in richtiger Beleuchtung und aller Deutlichkeit erscheinen läßt. Also die Ansätze sind da, die schwierige Frage der nächsten, im Hinblick auf die Nähe der Reichstagswahlen sogar allernächsten Zukunft ist nunmehr die, wie diese Ansätze zu sichern und zum Fortschritt zu bringen sind. Und wird in allererster Linie ein materieller Rückhalt herauf zu schaffen sein, daß Anfängen dieser antisozialdemokratischen Richtung im Falle der Maßregelung oder des Arbeitsverlustes eine Existenzsicherheit gewährleistet wird. Natürlich durch Besorgung von Arbeitsgelegenheit. Eine sehr schwierige Aufgabe, die nur der richtig einzuschätzen verstehen wird, der sich selbst um die Unterbringung von Arbeitslosen vielfach bemüht hat. Und doch muß der Versuch zu ihrer Lösung gemacht werden. Denn nur unter dem Schilde einer solchen Sicherheitsstellung wird es gelingen, die nationale Arbeiterbewegung zu halten und zu fördern. Das möge von uns und als freundlicher Rat dem Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen nationaler Arbeitervereine" zugleich mit den besten Wünschen für Erfolg in dem Augenblicke entgegengebracht sein, in dem der Ausschuß nach jahrelanger stiller, aber emsiger Tätigkeit an die breite Oeffentlichkeit tritt. Daß er daneben, wie er selbst in seiner öffentlichen Bitte um werktätige Unterstützung auch durch Geldmittel angibt, den nationalen Arbeitern die materiellen Vorteile, die die sozialdemokratischen Organisationen bieten, auch feinerseits sichern muß, ist selbstverständlich. Möge das Konto „Förderungsausschuß" bei der Königlichen Seehandlung zu Berlin, auf das Zuwendungen eingezahlt werden können, kräftig anwachsen; Vertrauen und Unterstützung verdient eine Sache jedenfalls, der sich viele unserer besten und sonst schon in nationaler Arbeit verdientesten Leute gewidmet haben."

Arbeiterbewegung.

* Nunmehr kann der Kampf im Baugewerbe auch tatsächlich als beendet gelten. In Magdeburg ist die Arbeit überall aufgenommen worden, und ebenso ist der Streik der Maurer in Leipzig beendet. In einer im Volkshaus abgehaltenen Versammlung beschlossen die Maurer nach lebhafter Debatte mit 1086 gegen 558 Stimmen die Aufhebung des Streiks. — In Augsburg haben die Verhandlungen zu einer Einigung geführt. Die Lohnerhöhung beträgt für Maurer und Bauhilfsarbeiter innerhalb der Vertragsperiode 6 ₰ pro Stunde, für die Zimmerer 8 ₰. Ab 1. Juli 1910 wird der Lohn erstmals um 2 ₰ pro Stunde erhöht. Im übrigen wird das Arbeitsverhältnis auf der Grundlage des alten Vertrages geregelt. Die Bauarbeiter haben diesen Abmachungen zugestimmt und sind damit die Differenzen erledigt.

* In Mannheim fand am 3. d. M. eine stark besuchte Versammlung von Rheinschiffern statt, die die Antwort des Arbeitgeberverbandes der Hafengebiete Mannheim-Ludwigshafen auf eine Reihe unter dem 8. Juni eingereichter Forderungen erteilte. Der Arbeitgeberverband erklärte, daß die von seinen Mitgliedern bezahlten Löhne der Matrosen und Steuerleute im Verhältnis zu denjenigen verwandter Arbeiterkategorieen auskreichend seien und im allgemeinen von denjenigen der Matrosen der übrigen Schiffahrtsbetriebe nicht überschritten würden. Auch die Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder seien den Verhältnissen entsprechend normal. Dagegen würden die Forderungen der Rheinschiffer eine enorme Lohnerhöhung bedeuten, welche die Verbandsmitglieder mit Rücksicht auf die wirtschaftliche